

Das ist nicht der Fall. Damit ist auch dieser **Änderungsantrag abgelehnt**.

Es gibt zu diesem Einzelplan keine weiteren Änderungsanträge.

Somit kommen wir zur Abstimmung über den Einzelplan 02 in der soeben geänderten Fassung und damit nicht über die Beschlussempfehlung. Wer stimmt diesem Einzelplan zu? – Das sind die Fraktionen von CDU und Grünen. Wer lehnt diesen Einzelplan ab? – Das sind die Fraktionen von SPD, FDP und AfD. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Einzelplan 02 angenommen**.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Wir bleiben bei Tagesordnungspunkt 1 und kommen zum:

Einzelplan 11 Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Ich weise auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 18/6811 sowie auf die in der aktuellen Tagesordnung zu diesem Einzelplan aufgeführten Änderungsanträge hin.

Wir fangen an mit:

a) Arbeit und Gesundheit

Das Wort hat für die SPD-Fraktion die Kollegin Lena Teschlade. – Bitte schön.

Lena Teschlade (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Einzelplan für den Bereich „Arbeit und Soziales“ stimmt mich leider wenig hoffnungsfroh. Ich weiß, dass es schwierige Zeiten sind. Die Aufstellung eines Haushalts hat aber natürlich immer auch mit Priorisierungen der Landesregierung zu tun. Ich sehe bei dieser Landesregierung keine Schwerpunkte im Bereich „Arbeit und Soziales“, die irgendeine Art Gesamtkonzept erkennen lassen. Geräuschlos zu regieren, scheint immer wichtiger zu sein, als für Inhalte zu streiten.

22.000 Menschen haben vor dem Landtag demonstriert. Es waren Menschen aus der Mitte unserer Gesellschaft, Menschen, die wie ich aus dem sozialen Bereich kommen und die um das Überleben ihrer Einrichtungen kämpfen.

In diesem Haushalt erkenne ich keinen echten Gestaltungswillen, um dieser Krise ernsthaft zu begegnen.

(Unruhe von der CDU – Rodion Bakum [SPD]: Herr Präsident, kann man das ...? – Der Abgeordnete weist in Richtung der CDU-Fraktion.)

Ich will auch begründen, warum. Wir sehen durchaus, dass es in einigen Bereichen keine Kürzung gibt. Man könnte denken, das sei gut. Beispielsweise ist das bei KAOA, also „Kein Abschluss ohne Anschluss“, der Fall. In Anbetracht der dramatischen Lage der Träger kommen keine Erhöhungen Kürzungen gleich, weil Tarifsteigerungen und sonstige Kosten nicht abgefangen werden.

(Beifall von der SPD – Anja Butschkau [SPD]: So ist das!)

Gerade KAOA wäre ein wichtiges Instrument. Im Ausschuss sind wir uns da eigentlich fraktionsübergreifend einig. Circa 40.000 Jugendliche in Nordrhein-Westfalen befinden sich im sogenannten Übergangssystem und sind nicht Teil des regulären Arbeitsmarkts. Daher wäre gerade in Anbetracht des Fachkräftemangels genau jetzt der Zeitpunkt, diese jungen Menschen zu unterstützen.

Es wäre auch ein guter präventiver Ansatz, weil wir wissen, dass wir nach hinten jede Menge Geld sparen, wenn wir bereits im Kindesalter bzw. in der Jugend anfangen, Menschen auf ihr Leben vorzubereiten.

Ganz generell bleiben sie bei der Fachkräftesicherung weit hinter den Möglichkeiten zurück.

Wir wissen, dass im Bereich „Fachkräftesicherung“ gerade viel zu viele Bereiche an der sowieso viel zu kleinen Decke ziehen. Die Frage lautet also doch: Wo haben wir noch Potenziale in unserem Land, die wir heben können, um mehr Menschen den Arbeitsmarkt zugänglich zu machen?

Ein Stichwort lautet da „Teilzeitfalle“. Sie betrifft vor allen Dingen Frauen, aber auch Menschen mit Behinderungen, Langzeitarbeitslose, junge Menschen im Übergangssystem, Geflüchtete etc. werden nicht ausreichend bedacht.

Aber der Reihe nach. Junge Menschen habe ich schon angesprochen. Kein Abschluss ohne Anschluss: 14 Millionen Euro stehen dafür im Haushalt, keine Erhöhung.

Berufseinstiegsbegleitung: Früher hat das Land diese mit 12,9 Millionen Euro finanziert. 2024 wird diese aus ESF-Mitteln finanziert und um 2,4 Millionen Euro gekürzt.

Langzeitarbeitslose Menschen: überhaupt keine Idee im Haushalt, wie man Instrumente schaffen kann, um den sozialen Arbeitsmarkt auch auf Landesebene weiter zu fördern.

Menschen mit Behinderungen: Bei der beruflichen Inklusion haben Sie um 4 Millionen Euro gekürzt.

Dabei sind gerade jetzt Projekte zur Unterstützung von Menschen mit Behinderungen auf dem Arbeitsmarkt wichtiger denn je, weil auch sie eine wichtigere Ressource bei der Bekämpfung des Fachkräftemangels darstellen können.

Zur Investivförderung für Werkstätten für Menschen mit Behinderungen sagt der Minister, diese sei an die tatsächlichen Bedarfe angepasst worden. Was die tatsächlichen Bedarfe sein sollen, wird aber nicht transparent dargestellt. Sich nur auf Bedarfe zu berufen, ist keine solide Haushaltspolitik.

Stattdessen haben Sie eine Fachkräftestrategie verschriftlicht und dann einen Fachtag veranstaltet. Und auch für das nächste Jahr planen Sie einen Fachtag gemeinsam mit dem Wirtschaftsministerium. Aber wirklich inhaltlich und konkret ist auch da kein Geld hinterlegt, sondern es ist wieder einmal nur Geld für Events eingestellt.

Schauen wir noch mal auf den Bereich „Soziales“. Armut, Obdachlosigkeit und Einsamkeit werden als die Topthemen der Landesregierung beschrieben. Aber leider befindet sich auch da kein Geld im Haushalt. Dazu steht nichts im Einzelplan. Warme Worte werden die sozialen Probleme in unserem Land leider nicht lösen.

(Beifall von der SPD und Susanne Schneider [FDP])

Das einzige Instrument, das Sie in dem Bereich konkret mit Geld hinterlegt haben, sind die Tafeln.

(Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Ja, ist doch gut so!)

– Ja, die Tafeln sind wichtig, Herr Laumann.

(Beifall von Marco Schmitz [CDU])

Ich weiß, dass wir uns da durchaus einig sind. Aber noch mal: Den Tafeln mehr Geld zu geben, ohne zeitgleich Dinge zu tun, die wirklich gegen soziale Härten helfen, ist der falsche Weg.

(Beifall von der SPD)

Sie liefern keine eigenen Ideen, und leider gibt NRW auch im Bund kein gutes Bild ab. Hendrik Wüst schwadroniert davon, dass wir die Kindergrundsicherung und die Regelsätze beim Bürgergeld überdenken müssen, um den Bundeshaushalt zu finanzieren. Das alles sind Maßnahmen, die ganz konkret gegen soziale Härten helfen. Das alles lehnt die CDU ab und verteilt dann lieber Frikadellen.

(Beifall und Heiterkeit von der SPD – Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Und die Grünen sitzen einfach daneben, um den Frieden in der Koalition nicht zu stören. Ich würde mir wirklich wünschen, dass der Koalitionspartner der Grünen sich in der Arbeits- und Sozialpolitik mal genauso empört zeigt wie bei dem Thema „Tempo 30“.

Dann wäre vielleicht etwas erreicht. Das sage ich Ihnen mit dem Stolz einer Tochter eines Klempners.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Christof Rasche: Vielen Dank. – Für die Fraktion der CDU hat nun Herr Kollege Marco Schmitz das Wort. Bitte sehr.

Marco Schmitz (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist immer spannend, die Haushaltsreden zum Thema „Soziales“ zu hören. Liebe Kollegin Teschlade, Sie müssen vielleicht auch einmal sehen, dass wir trotz einer Notlage, die wir momentan haben, trotz Geldern, die wir einsparen müssen, das Niveau halten, das wir im letzten Jahr gehabt haben.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Wir schaffen es, das soziale System zu sichern, und das sollte man vielleicht auch mal anerkennen.

(Zuruf von Lena Teschlade [SPD])

Es geht natürlich immer mehr, mehr, mehr. Ja klar, das können Sie als Sozialdemokraten immer gut: rausgeben, rausgeben, rausgeben. Aber Gegenfinanzierungsvorschläge sind leider nicht mit dabei.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN – Zuruf von Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales – Elisabeth Müller-Witt [SPD]: Die Kitas sind pleite! – Lena Teschlade [SPD]: Prioritäten!)

Der Haushalt ist aber grundsätzlich sicher, und wir als schwarz-grüne Koalition sind uns unserer sozialen Verantwortung durchaus bewusst. Wir kümmern uns um die Menschen in unserem Land.

Man muss sehen, dass das Geld für den Haushalt natürlich nicht mehr in dem Umfang vorhanden ist, wie wir es aus den letzten Jahren kannten, und wir Einsparvorgaben haben. Nichtsdestotrotz möchte ich an dieser Stelle einmal ganz herzlich auch den Mitarbeitern des MAGS danken – sie sitzen dort hinten in der letzten Reihe –,

(Jochen Ott [SPD]: Dafür, dass sie immer so schöne Reden für uns schreiben! – Heiterkeit von der SPD)

die in wirklich mühevoller Arbeit diese Einsparvorgaben mit umgesetzt haben, sodass wir auch über notwendige freiwerdende Mittel verfügen, mit denen wir auch neue Akzente setzen können. Es ist ein ganz wichtiger Punkt in unserer Koalition, dass wir sagen: Wir werden auch neue Akzente setzen, weil das notwendig ist.

Sie haben soeben beschrieben, dass einige Ausgaben, die wir aus dem Haushalt herausgenommen haben, jetzt im ESF verankert sind. Die Fachkräfte-

sicherung wird ein Schwerpunkt dieser Koalition bleiben. Es würde wirklich zu weit führen, Ihnen noch einmal zu erklären, wie das Dreisäulenmodell bei der Fachkräftesicherung funktioniert, wie man es schaffen kann, Menschen in Ausbildung zu bringen und Menschen, die bis jetzt noch nicht aktiviert worden sind, Langzeitarbeitslose, Frauen in Teilzeitjobs, Menschen mit Behinderungen, als zweite Säule zu aktivieren. Auch die dritte Säule der Fachkräftezuwanderung zu erklären, würde den Rahmen sprengen und ist auch nicht Aufgabe einer Haushaltsrede.

Eine Prämie haben Sie nicht erwähnt; auch das ist einer der Punkte, die wir aufgenommen haben. Die Meisterprämie gibt es seit Juli dieses Jahres. Wir haben sie für das nächste Jahr verstetigt, um – auch das war uns wichtig – die Gleichwertigkeit der beruflichen und akademischen Bildung darzustellen und um dafür auch die Unterstützung der Meisterinnen und Meister zu gewährleisten.

Weiterhin haben wir auch den Bereich „Arbeitsschutz“ noch mal ausgebaut. Den bauen wir seit Jahren aus, und jetzt haben wir 1 Million Euro mehr zur Verfügung gestellt, damit wir die Digitalisierung des Arbeitsschutzes vorantreiben können, damit wir die Vorgaben auch erfüllen können, damit 5 % der Unternehmen auch besucht und kontrolliert werden können. Es ist notwendig, dafür den Arbeitsschutz entsprechend auszustatten. Das werden wir mit den Geldern tun.

Ein letzter Punkt gehört natürlich dazu. Das ist auch bereits gesagt worden, und da sind wir uns, glaube ich, alle einig.

(Lena Teschlade [SPD]: Ich habe viele schlaue Sachen gesagt!)

– Ja, aber das war nicht alles richtig, das muss man dazusagen. Reden kann man hier viel, aber ob das immer richtig ist

(Jochen Ott [SPD]: Frau Teschlade hat immer recht!)

oder ob das Mehrheitsmeinung ist, das ist eine ganz andere Frage.

Ich bin guter Dinge, dass wir den Haushalt nachher so beschließen werden, wie er von Schwarz-Grün vorgelegt worden ist.

(Thorsten Klute [SPD]: Da habe ich auch keine Bedenken!)

Mein letzter Punkt: Auch die Tafeln werden wir mit zusätzlichem Geld fördern, weil wir an den Stellen unterstützen müssen, wo es die Ärmsten der Armen trifft. Ich weiß: Die Tafeln sind nicht Teil der Sozialpolitik. Es geht dort nicht darum, dass man Menschen wieder in Arbeit bringt. Aber wir haben das Problem, dass die Menschen kein Geld mehr haben und dass sie nichts mehr zu essen haben. Die Tafeln sind Nächstenliebe, wie man sie in der christlichen

Soziallehre kennt, und deswegen unterstützen wir sie. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsident Christof Rasche: Vielen Dank. – Für die Fraktion der FDP hat nun die Kollegin Susanne Schneider das Wort.

Susanne Schneider (FDP): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Im Bereich „Arbeit und Soziales“ ist sicherlich der Fachkräftemangel – wir haben schon einiges darüber gehört – das drängendste Problem überhaupt. Eine Ursache für diesen Fachkräftemangel ist die seit Jahren rückläufige Zahl von Auszubildenden. Dieser Trend sollte uns in Nordrhein-Westfalen besonders beschäftigen, weil er bei uns besonders stark ausgeprägt ist. **Es ist ein deutliches Warnsignal, dass wir mittlerweile das dritte Jahr in Folge rückläufige Zahlen haben. Laut vorläufigen Ergebnissen des Statistischen Landesamtes IT.NRW befanden sich Ende 2022 rund 275.000 Menschen in einer Berufsausbildung. Vor Corona hatten wir noch 300.000 Menschen in der Berufsausbildung.**

Besondere Rückgänge haben wir in den Bereichen Industrie, Handel, Banken, Versicherungen, Gast- und Verkehrsgewerbe sowie im Handwerk und in der Hauswirtschaft.

Wirtschaft und öffentlicher Dienst suchen händeringend nach qualifizierten Fachkräften. Aus dem eklatanten Fachkräftemangel und den sinkenden Ausbildungszahlen braut sich ein giftiger Cocktail zusammen. Wir werden den Fachkräftemangel in unserem Land nicht wirksam decken können, wenn wir nicht viel mehr junge Menschen für Ausbildungsberufe begeistern.

(Beifall von der FDP)

Daher sollte es für uns alle eine der wichtigsten Herausforderungen sein, in diesem Bereich wieder besser zu werden und mehr junge Menschen für Ausbildungsberufe zu gewinnen.

Grundsätzlich begrüßen wir daher, dass auch die Landesregierung dieses Thema aufgegriffen hat und gerade beim Übergang von Schule in Ausbildung und Beruf Maßnahmen und Programme der vorherigen Landesregierung fortführt und durch neue Instrumente wie die Übergangslotsen ergänzt.

Das reicht aber noch nicht aus, und es reicht vor allem nicht aus, vorrangig auf den Topf der ESF-Mittel zu setzen und immer mehr Initiativen dorthin zu verschieben. Da muss mehr kommen, und da haben wir auch konkrete Vorschläge.

Beim Werben für Ausbildungsberufe müssen wir die jungen Menschen auf Augenhöhe ansprechen und

dort erreichen, wo sie sind. Daher müssen wir verstärkt die sozialen Netzwerke nutzen und die Broschüren hinter uns lassen. Klassische Medien verlieren bei Jugendlichen an Bedeutung, Inhalte können in sozialen Medien viel einfacher, individuell und altersgerecht gestaltet werden. Wir brauchen daher eine landesweite Werbekampagne für die berufliche Ausbildung, die den Schwerpunkt auf soziale Medien legt.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Am besten gewinnen wir dafür bekannte Influencer als Kooperationspartner, um die Verbreitung der Kampagneninhalte zu unterstützen und zu verstärken. Das macht die Kommunikation dann auch authentischer, glaubwürdiger und zielgenauer.

Auch wenn ich den Minister immer wieder für seine Broschüren kritisiere und er dann sagt „Liebe Susi Schneider, alles, was wir an Broschüren haben, haben wir auch digital“, muss ich ihm doch sagen: „Lieber Karl-Josef Laumann, ich meine mit Digitalisierung nicht das Abspeichern von PDFs. Dazu gehört schon ein bisschen mehr.“

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

– Herr Mostofizadeh, ich freue mich immer wieder über Ihre qualifizierten Zurufe,

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Stets zu Diensten!)

vor allem wenn Frauen hier am Podium stehen.

(Thorsten Klute [SPD]: Das macht er bei mir auch!)

Frau Teschlade hatte vorhin angeblich den Zusammenhang nicht verstanden, bei mir rufen Sie unqualifiziert rein.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Wenn es Ihnen guttut, wenn es Sie glücklich macht!

(Norwich Rüsse [GRÜNE]: Das ist auch schon mal berechtigt!)

Ich bin ja auch Gesundheitspolitikerin und freue mich von Herzen, wenn Ihre Psychohygiene wieder in Ordnung ist, und fahre jetzt in meiner Rede fort.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP] – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Mir geht es auch so gut!)

Wenn wir über qualifizierte Ausbildung reden, müssen wir auch über den Meister reden. Auf den Meistertitel sind wir in Deutschland bekanntlich besonders stolz und das zu Recht. Der Meistertitel ist quasi das Gütesiegel des deutschen Handwerks. Unser Meisterplan ist es daher, den Ansatz für die Meisterprämie zu verdoppeln. Es ist sicher ein richtiger Ansatz, mit

der Meisterprämie die Attraktivität der Meisterfortbildung zu erhöhen und so die Betriebsstrukturen und damit Arbeits- und Ausbildungsplätze im Handwerk zu erhalten.

(Beifall von Thorsten Klute [SPD])

Aber, Herr Schmitz, da reicht es nicht, das zu versteigern, denn angesichts der tatsächlichen Kosten von Meisterkursen reicht die Pauschale in Höhe von 2.500 Euro bei Weitem nicht aus.

(Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Doch!)

Mit einer Verdoppelung der Pauschale wollen wir daher den nächsten Schritt gehen und die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung fördern sowie die Rolle des Handwerks mit einer Fachkräfteoffensive als Macher der Energiewende stärken. Ein Meister ist schließlich mindestens so viel wert wie ein Master.

(Beifall von der FDP und Lena Teschlade [SPD])

Im Bereich „Soziales“ begrüßen wir, dass die Bekämpfung von Wohnungslosigkeit mit der Landesinitiative „Endlich ein ZUHAUSE!“ fortgesetzt wird. Wir haben uns damit als FDP-Fraktion zusammen mit der Union in der letzten Legislatur eines lange vernachlässigten Problems angenommen und spürbare Verbesserungen für wohnungslose Menschen erreicht.

Auch die Einführung einer dauerhaften Landesförderung für die Tafeln halten wir für sinnvoll, denn die dort geleistete ehrenamtliche Arbeit verdient unbedingt Unterstützung.

Ich sehe in diesem Haushalt wenig Licht, ich sehe viel Schatten und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und Thorsten Klute [SPD])

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Kollegin Schneider. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht nun der Abgeordnete Mostofizadeh.

Mehrdad Mostofizadeh⁹⁾ (GRÜNE): Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Der Einzelplan 11 und insbesondere die Bereiche „Arbeit“ und „Soziales“ erfordern ja nicht nur hohe Beträge, sondern stellen auch ein sehr komplexes Politikfeld dar.

Ich muss Ihnen gestehen: Als hier 25.000 Menschen vor dem Landtag standen, war ich nicht nur beeindruckt, sondern das lässt einen schon überlegen, wie stark man sich mit dem Thema auseinandersetzt. Natürlich betrifft es uns, wenn die Schuldnerberatung sagt, die Fälle nehmen zu. Natürlich denken wir darüber nach, wenn die Struktur, die wir brauchen, um

soziale Gerechtigkeit zu erreichen, denn das ist das, was wir hier als Landespolitiker im Wesentlichen beeinflussen können, in Schwierigkeiten kommt. Natürlich überlegen wir haargenau, wo wir die Prioritäten im Haushalt setzen.

Deswegen finde ich es schon aller Ehren wert, dass es uns bei einem Haushalt trotz des Inflationsausgleichsgesetzes, trotz der erheblichen Inflationssteigerungen, trotz der zusätzlichen Herausforderungen gelingt, diese Struktur, die wir aufgebaut haben, zu erhalten.

Ein Satz zur Meisterprämie, Frau Kollegin. Wir haben jetzt 11 Millionen Euro in diesem Topf. Wie Sie die weiteren 11 Millionen Euro überhaupt verteilen wollen, entzieht sich meiner Kenntnis, es sei denn, Sie wollen nach dem Gießkannenprinzip die Mittel zusätzlich an die jeweiligen Empfänger auskehren.

Aber, und das will ich an der Stelle auch mal sagen: Die Bigotterie, mit der an dieser Stelle operiert wird, ist zum Teil nicht zu überbieten. Morgen werden wir hier Anträge zur Beibehaltung der verkürzten Arbeitszeit von Feuerwehrleuten diskutieren. Was ist denn mit den Pflegekräften? Herr Lindner möchte, dass die bis 70 Jahre arbeiten. Wo ist denn bei diesem Einzelplan Ihre Initiative, die Pflegekräfte zu entlasten? Da kann ich nichts erkennen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP.

(Beifall von den GRÜNEN)

Auch zum Stichwort „Kindergrundsicherung“ habe ich eine sehr klare Meinung: Das ist eine der zentralen sozialpolitischen Entscheidungen,

(Zuruf von Lena Teschlade [SPD])

die es in Deutschland gibt. Frau Kollegin, Sie haben unterschlagen, dass dieser Sozialminister sich zum Beispiel sehr klar dazu geäußert hat.

(Lena Teschlade [SPD]: Der Ministerpräsident aber nicht!)

Da habe ich keine Applausartikel von der SPD in der Zeitung gesehen. Da habe ich nicht gesehen, wie gut diese Koalition zusammenarbeitet. Denn das ist die Wahrheit: Man muss in schwierigen Zeiten auch an der richtigen Stelle die richtigen Entscheidungen treffen. Das unterscheidet Sie substantiell von uns an der Stelle.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU – Rodion Bakum [SPD]: Dann macht das mall!)

Um bei der Kindergrundsicherung zu bleiben, Frau Kollegin Teschlade: Wo ist denn der Bundeskanzler?

(Lena Teschlade [SPD]: In Berlin!)

Wo ist denn seine Priorität für dieses Thema?

(Zuruf von Susanne Schneider [FDP])

Ich kann das nicht erkennen. Wenn er im Kabinett deutliche Worte gefunden hätte, würde es dieses Geeier, was Sie daherreden, nicht geben, und wir würden im Bundesrat eine deutlich einfachere Position haben, um dieses wichtige Projekt auch durchsetzen zu können. Ich setze da ganz auf Ihre Hilfe und auch ganz auf die ansonsten von der SPD geführten Länder. Ich bin sehr gespannt, wie Sie sich da verhalten werden.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Zur Seriosität möchte ich noch einen Punkt nennen, Herr Witzel, weil Sie sich gerade so schön echauffieren. 500 Millionen Euro wollen Sie zur Deckung aus dem Einzelplan 20 aus Verstärkungsmitteln für den Personalhaushalt rausholen. Der Tarifabschluss ist noch nicht mal da. Wir gehen davon aus, dass hoffentlich reicht, was wir im Einzelplan 20 an Mitteln bereitgestellt haben.

(Ralf Witzel [FDP]: Zehntausende Stellen sind unbesetzt!)

Und Sie wollen eine halbe Milliarde Euro Voodooogelder – anders kann ich das nicht benennen – rausholen, um Ihre Etatposten zu decken?

(Ralf Witzel [FDP]: Zehntausende unbesetzte Stellen! Ihr Voodoo ist das!)

Das ist nicht nur unseriös, das ist Sand in die Augen der Menschen streuen.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU – Ralf Witzel [FDP]: Zehntausende unbesetzte Stellen haben Sie da!)

– Sie können trotzdem nicht rechnen, Herr Kollege. Die 10.000 unbesetzten Stellen führen trotzdem nicht dazu, dass wir genug Geld haben, um am Ende den Tarifabschluss bezahlen zu können; das werden wir ja dann sehen. Wenn wir Geld übrig haben, haben wir immer noch genug Möglichkeiten.

Einen ganz wichtigen Widerspruch, Kolleginnen und Kollegen von der SPD, kann ich Ihnen nicht vorenthalten: Ihre Klage gegen den Haushalt 2023.

(Rodion Bakum [SPD]: Gähn!)

Sie sagen in dieser Klage, es gäbe im Jahr 2023 keine Notlage. Das führt dazu, dass die 900 Millionen Euro, die für die Kommunen bereitgestellt worden sind, nicht hätten bereitgestellt werden können.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

Der Stärkungspakt Soziales hätte nicht bereitgestellt werden können. Sie sagen, wir haben keine Notlage. Sie sagen, die Schuldenbremse muss weg. Wie viel Schizophrenie kann man eigentlich in einer Fraktion an einem Tag zusammenbringen?

Ich möchte noch zwei Argumente zum Haushalt 2024 ausbringen. Ich habe ja schon gesagt, dass wir viele wichtige Projekte haben. Ich will zwei noch mal

nennen: Bezüglich des Themas „Obdachlosigkeit“ wird das Projekt „Endlich ein ZUHAUSE!“ weiterhin gestärkt. Das gilt auch für weitere Themen im Bereich „Arbeit und Soziales“.

Ich kann Ihnen nur sagen: Das ist ein guter Haushalt mit Augenmaß. Angesichts der Krisenlage ist es sehr vernünftig, dem zuzustimmen, worum ich Sie alle bitte. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege Mostofizadeh. – Für die AfD spricht nun ihr Fraktionsvorsitzender Dr. Vincentz.

Dr. Martin Vincentz (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Same procedure as every year. Der Haushalt allerdings ist mittlerweile auf über 100 Milliarden Euro angewachsen. Das unterstreicht auf jeden Fall noch einmal, was heute Morgen schon genannt wurde: Wir haben eben kein Einnahmenproblem, sondern wir haben ein manifestes Ausgabenproblem.

Immerhin 10 % der Gesamtausgaben fallen auch in diesem Jahr wieder auf den Bereich „Arbeit, Gesundheit und Soziales“. Allerdings, wenn man genau hinguckt – auch da kann ich im Prinzip die Rede aus dem letzten Jahr wiederholen –, sind über 90 % fest gebunden. Wenn jetzt noch das Krankenhausgestaltungsgesetz dazukommt, sind es noch einmal deutlich mehr. Das heißt also, im Endeffekt bleiben für die großen Bereiche „Arbeit“ und „Soziales“ in einem Land mit immerhin über 18 Millionen Einwohnern nur noch relative Kleckerbeträge übrig.

Für einen Privathaushalt sind niedrige Millionenbeträge vielleicht hoch, aber für einen Gesamthaushalt des Landes – noch einmal: mit 102 Milliarden Euro – ist das für diese großen Bereiche sicherlich sehr wenig Geld. Deswegen ist es auch völlig nachvollziehbar, wenn eine der größten Demonstrationen der Nachkriegszeit hier in Nordrhein-Westfalen jenseits der Bannmeile vor Kurzem stattgefunden hat und die sozialen Berufe dort auf sich aufmerksam gemacht haben.

Wir befinden uns in einer Krise; das kann man sicherlich nicht leugnen. Wer daran im Endeffekt schuld ist? Viele sagen ja: Die Parteien, die Regierungen sind die Krise und daher vielleicht auch das, deswegen man eine besondere Notsituation ausrufen sollte – Schwarz-Grün hier in Nordrhein-Westfalen, die Ampel in Berlin.

Tatsache ist aber doch: Gerade in den Zeiten, in denen die Wirtschaft schrumpft, in denen wir in einer schwierigen, prekären Situation sind, muss doch in den Bereich „Arbeit“, muss in den Bereich „Soziales“ investiert werden. Trotz Fachkräftemangel haben wir in Nordrhein-Westfalen immer noch eine Arbeitslo-

senquote von offiziell 7 %. Sie wissen alle: Das ist, wenn man auch da etwas genauer hinguckt, deutlich mehr. Personen, die sich in verschiedenen Fortbildungen und Weiterbildungen etc. befinden, werden ja nicht einmal mehr mitgezählt.

Selbst dort ist der Herbstaufschwung auf dem NRW-Arbeitsmarkt, wie man ihn normalerweise erwarten würde, in diesem Jahr auch wieder ausgeblieben, sodass man sich sicherlich die Frage stellen muss, ob auch in diesem Bereich die richtigen Prioritäten gesetzt werden. Da muss man doch feststellen:

In den letzten Jahren – egal, ob auf Bundesebene oder auch hier im Land – wurde vielleicht eher Arbeit unattraktiver und selbst verschuldete Nichtarbeit eher attraktiver. Es sollte doch eher umgekehrt sein: Das Arbeitengehen sollte für die Menschen wieder attraktiver gemacht werden, und die selbst verschuldete Nichtarbeit wieder unattraktiver. Das wäre eigentlich eine vernünftige aktivierende Arbeitsmarktpolitik, für die auch Geld ausgegeben werden sollte.

Es sind mittlerweile schlichtweg erschreckende Zahlen, wenn man sich anschaut, wer Bürgergeld bekommt, wer also nicht aktiv zum Steueraufkommen beiträgt. Mittlerweile sind es in Nordrhein-Westfalen rund zwei Drittel Menschen mit Migrationshintergrund, was noch einmal ganz deutlich unterstreicht, dass auch die Aktivierung von Arbeitskraft eher ein integrationspolitisches Problem ist, ein integrationspolitisches Versagen der letzten Jahre, was nicht unbedingt im Bereich des MAGS schiefgelaufen ist, aber an anderen Stellen der Gesellschaft, wo man viel zu lange weggeschaut hat. Jetzt hat man dort unter anderem Millionenbeträge, die man verausgaben muss, die fest verankert sind, die versteinert sind, von denen man nicht mehr herunterkommt. Das fehlt dann eben für Investitionen.

Krise, Krise, Krise, alles ist immer Krise, mit Ihnen ist alles Krise. Da kommt es ja fast gelegen, dass es eine Krise gibt. Viel zu kurz kommt der Blick ins Morgen, ins Übermorgen. Klassischerweise war in der Wirtschaft immer klar: Es gibt auf der einen Seite Kapital, es gibt auf der anderen Seite Arbeit. Die verbünden sich in irgendeiner Art und Weise in verschiedenen Vertragssystemen und tauschen sich auf dem Arbeitsmarkt aus.

Aber wie passt genau in dieses System künstliche Intelligenz? Die steht nun wirklich vor der Türschwelle. International wird lange darüber diskutiert. Wenn Sie ein bisschen die internationale Presse verfolgt haben, werden Sie mitbekommen haben, dass nun wirklich erstaunliche Fortschritte im Bereich der künstlichen Intelligenz in der letzten Zeit gemacht wurden, sodass es nur noch eine Frage der Zeit ist, bis auch das in den Arbeitsmarkt drängen wird, bis auch dort Antworten gegeben werden müssen. Da ist bislang die Antwort aus der etablierten Politik nur:

Man sagt, das ist ganz furchtbar, da kommt es zu gesellschaftlichen Umbrüchen.

Das ist in etwa so, als ob bei einer Frau die Fruchtblase platzt und, anstatt sich aktiv ins Krankenhaus zu begeben, anstatt aktiv dafür zu sorgen, dass das Kind auf die Welt kommt, anstatt aktiv dafür zu sorgen, dass man Antworten auf diese Notsituation hat, sagen Sie: „Furchtbar, furchtbar, furchtbar! Jetzt geht es los!“, legen die Hände in den Schoß und warten darauf, dass es passiert. Sie wissen, dass es passiert. Sie wissen, dass der Arbeitsmarkt umgewälzt wird, wahrscheinlich noch in dieser Generation. Unternehmen tun Sie allerdings nichts.

So bleibt es dabei: Es ist ein Krisenhaushalt. Geld haben Sie nur für das Nötigste. Ideen für morgen oder irgendeine Idee, um aus dieser Krise herauszukommen? Völlige Fehlanzeige!

Vielleicht aber noch, weil es in diesen Tagen sehr wichtig ist, ein Wort an die verfehlten Keynesianisten hier links. Die Antwort ist da. Hier wurde immer gesagt: Sie haben das alles nicht gegenfinanziert. – Ja, in der Tat. Um das noch mal zu erklären: Die Linken hier, also die in der linken Saalhälfte, wollen das gar nicht, sondern sie wollen neue Schulden. Sie wollen die Schuldenbremse aussetzen, also an der Stelle gezielt gegen die Verfassung verstoßen, und da hat der Haushaltspolitiker von der SPD heute Morgen völlig richtig gesagt: Investitionen können auch Profit abwerfen. – Richtig. Aber es müssen dann auch die richtigen Investitionen sein, und zwar innovativ und nicht rein konsumtiv, so wie Sie das in Ihrem Haushalt vorsehen würden. Insofern sind Ihre Ideen von links auch nicht die richtigen für diese Zeit. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Dr. Vincentz. – Für die Landesregierung spricht nun Herr Minister Karl-Josef Laumann.

Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit dem Haushalt 2024 setzt die Landesregierung ihre konsequente und erfolgreiche Politik im Bereich von Arbeit und Soziales fort. Wir setzen Schwerpunkte, und einer der großen Schwerpunkte in der Arbeitsmarktpolitik ist natürlich die Arbeitskräfte- und Fachkräftesicherung. Diese Überlegungen haben im Grunde zwei Arme.

Der wichtigste ist, dass wir uns im Jahr 2024 ganz konkret, ganz stark um die jungen Leute kümmern wollen, die in dem Übergangssystem unserer Berufsschulen sind. Das sind 36.000, und wir müssen sehen, dass wir sie möglichst schnell in eine duale Ausbildung bringen. Zurzeit ist es so, dass sie dort vier Jahre verbleiben und nur 15 % in Ausbildung

kommen. Deswegen werden wir die Summe von rund 27 Millionen Euro in die Hand nehmen, um Lotsen auch an den Berufsschulen zu installieren, die diese Menschen an die Hand nehmen, damit sie über Praktika in eine Berufsausbildung kommen.

Das passt im Übrigen auch gut zu einem Sozialminister. Denn die Wahrheit ist, dass die beste Armutsbekämpfung darin besteht, dass die Menschen eine abgeschlossene Berufsausbildung haben, dass sie anschließend ihren Mann bzw. ihre Frau am Arbeitsmarkt stehen können und Löhne bekommen, die außerhalb der Grundsicherungssysteme liegen. Das ist nach wie vor das A und O nordrhein-westfälischer Sozial- und Arbeitsmarktpolitik.

Wir wollen weiter am Thema der Gleichwertigkeit beruflicher und akademischer Ausbildung arbeiten. Hier ist als erster Schritt die konsequente, solide Weiterfinanzierung der Meisterprämie, die bei uns im Haushalt immerhin mit 11 Millionen Euro Landesmitteln zu Buche schlägt, ein wichtiges Instrument, gerade auch bei der Frage der Betriebsübernahmen im Handwerk. Außerdem ist es ein wichtiges Instrument bei der Sicherung von Arbeitsplätzen und des Wirtschaftsstandorts Nordrhein-Westfalen.

Es ist in der Regel auch so, dass mit diesen 2.500 Euro und anderen Förderungen, die es gibt, der Meisterbrief in Nordrhein-Westfalen erworben werden kann, ohne dass der angehende Meister eigene Mittel einbringen muss.

Wir haben sehr viel Bewegung auf dem ersten Arbeitsmarkt. Seit 2018, also seit ich hier wieder Arbeitsminister bin, verzeichnen wir eine Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnisse um 473.000.

(Lebhafter Beifall von der CDU)

Also, so schlecht ist das ja alles nicht. Im Übrigen möchte ich denen, die immer auf die Ausländer verweisen und sagen, es sei alles schwierig, Folgendes mitgeben: Von diesen 473.000 Menschen in sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen haben 310.000 eine ausländische Staatsbürgerschaft. Das heißt, wir hätten die Stellen gar nicht besetzen können, wenn es nicht diese Menschen gäbe, die zu uns gekommen sind.

(Beifall von der SPD – Thorsten Klute [SPD]:
Da klatscht noch nicht mal die CDU!)

Deswegen ist auch ein weiterer Punkt sehr wichtig: Ich habe in der letzten Woche eine Weisung an unsere 18 kommunalen Jobcenter unterschrieben. Denn ich will, dass wir in den Jobcentern den Fokus auf die Vermittlung setzen. Ich mache jetzt keine Unterschiede, ob es sich um Geflüchtete oder nicht Geflüchtete handelt. Für alle Menschen, die arbeitsfähig sind, die arbeitsmarktnah sind, müssen jetzt die Ressourcen der Jobcenter eingesetzt werden, um sie schneller in den ersten Arbeitsmarkt zu bekommen.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Denn wahr ist doch, dass es für einen normalen Bürger schwer verständlich ist, dass wir auf der einen Seite nicht nur einen Fach-, sondern auch einen Arbeitskräftemangel haben und dass auf der anderen Seite hier Menschen leben, die keine Arbeit haben. Das passt nicht zusammen.

Wir haben – das muss man ehrlichweise doch zugeben – mit dem Bürgergeld an manchen das Signal gesendet: Na ja, jetzt gibt es keine Sanktionen mehr und und und.

(Zuruf von Lena Teschlade [SPD])

Es muss völlig klar sein, dass in den Jobcentern in Nordrhein-Westfalen das Fördern und das Fordern unabdingbar zusammengehören.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Ich will es mal so sagen: Wenn man in Nordrhein-Westfalen zurzeit keine Arbeit hat, obwohl man arbeitsfähig ist, dann braucht man angesichts des Arbeitskräftemangels, den wir haben, verdammt gute Gründe dafür. Deswegen muss die Frage der Vermittlung eine ganz wichtige Rolle spielen.

(Lena Teschlade [SPD]: Deshalb machen wir Freitag Tarifvertrag!)

Ich bin nicht der Meinung, dass das Bürgergeld zu hoch ist, um es ganz klar zu sagen.

(Lena Teschlade und Thorsten Klute [SPD]: Dann ist ja gut! Das ist schon mal eine Aussage!)

Wenn man Einsparungen beim Bürgergeld will, dann muss man diese Einsparungen über eine bessere Vermittlung und Integration im Arbeitsmarkt erzielen. Das ist das vernünftige und sozialpolitisch einzig richtige Mittel.

(Beifall von der CDU – Thorsten Klute [SPD]: Wie wäre es mit einer Erhöhung des Mindestlohns?)

Wir modernisieren den Arbeitsschutz, indem wir ihn digitalisieren. Wir setzen in der Sozialpolitik Akzente bei der Inklusion von Behinderten, und besonders freue ich mich darüber, dass die Tafeln genauso wie Wohlfahrtsverbände ein Stück weit in den Genuss einer staatlichen Finanzierung kommen. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsident Christof Rasche: Vielen Dank, Herr Minister Laumann. – Der guten Ordnung halber sei gesagt, dass der Minister seine Redezeit um 39 Sekunden überzogen hat,

(Sarah Philipp [SPD]: Auch das noch!)

aber fast alle Fraktionen haben ihre Redezeit auch überzogen. Insofern kann man davon ausgehen, dass das sich jetzt ausgeglichen.

Weitere Wortmeldungen liegen mir zum Teil a), Arbeit und Soziales, nicht vor. Somit sind wir am Schluss der Aussprache und kommen zu:

b) Gesundheit

Ich eröffne die Aussprache. Für die SPD-Fraktion hat der Kollege Klute das Wort.

Thorsten Klute (SPD): Herzlichen Dank. – Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Während der Haushaltsdebatte heute fiel an mehreren Stellen das Wort „Investitionen“. Investitionen sind ein ganz wichtiger Punkt für unsere Gesellschaft.

Wenn wir nicht mehr in unser Land investieren, dann verzehren wir jeden Tag die Werte unseres Landes. Deshalb ist es wichtig, immer weiter zu investieren – gerade auch in den Krankenhäusern, sehr geehrter Herr Minister Laumann. Denn wir diskutieren nun über den Haushaltsplanentwurf für Gesundheit und Pflege.

Bei den Krankenhäusern liegt der Investitionsstau in Nordrhein-Westfalen zurzeit bei etwa 16 Milliarden Euro. Ich habe mich nicht versprochen, er liegt bei 16 Milliarden Euro, und er wächst jedes Jahr um eine weitere Milliarde Euro an, weil Nordrhein-Westfalen Jahr für Jahr deutlich weniger Investitionsmittel in die Krankenhäuser reinsteckt, als eigentlich gebraucht werden. Nächstes Jahr sind es dann 17 Milliarden Euro, übernächstes Jahr 18 Milliarden Euro usw.

Jetzt kommt noch die Zusatzaufgabe Krankenhausplan – eine ganz wichtige Aufgabe im Zusammenspiel mit dem Bund – auf uns zu, die eine ganze Menge Geld kosten wird und muss, wenn man es vernünftig machen will. Da kommt diese Landesregierung zurzeit an und sagt: Wir tun Jahr für Jahr im Durchschnitt 500 Millionen Euro da rein, um den Krankenhausplan umzusetzen.

Ich habe gerade erklärt: Das Investitionsdefizit in den Krankenhäusern Nordrhein-Westfalens wächst aufgrund des Rückstaus der Investitionen schon jedes Jahr um 1 Milliarde Euro an. Jetzt kommen wir mit der Zusatzaufgabe an und meinen, dass 500 Millionen Euro reichen werden, um den Krankenhausplan zusätzlich umzusetzen? – Das kann nicht funktionieren. Es geht jetzt schon los, dass man einzelne Gelder aus dem Krankenhausplan, die eigentlich für das nächste Jahr vorgesehen sind, um ein weiteres Jahr verschiebt. So ist der aktuelle Entwurf der Regierung. Ich kann Ihnen sagen: Das reicht nicht. Das wird nicht reichen.

Uns eint das Ziel, dass wir eine gute Krankenhausstruktur in Nordrhein-Westfalen haben wollen – eine Struktur, die sehr an den Patientinnen und Patienten orientiert ist. Deshalb werden wir erneut beantragen, die jährlichen Investitionskosten für unsere Krankenhäuser in Nordrhein-Westfalen zu erhöhen,

(Beifall von der SPD)

und zwar um weitere 2 Milliarden Euro, damit es uns im Gesundheitssystem gut geht.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Warum nicht vier? – Zuruf von der CDU: Gegenfinanzierung? Deckungsbeitrag?)

Wir beantragen auch – wenn wir bei Investitionen sind –, den Ansatz für die Förderung der Pflegeschulen in Nordrhein-Westfalen um 10 Millionen Euro zu erhöhen – von 7 auf 17 Millionen Euro.

Wissen Sie, die Pflegeschulen: Wir werden morgen noch intensiv über Pflege reden, weil wir als SPD-Fraktion einen umfangreichen Antrag infolge unseres Pflegegipfels hier ins Parlament einbringen und die Lage insgesamt noch einmal beleuchten. Aber, wenn wir über Pflege und diesen Haushaltspunkt sprechen, dann müssen wir einen kleinen Punkt davon jetzt schon ansprechen.

Die Lage in der Pflege ist zurzeit wirklich sehr schwierig. Wir haben eine nie da gewesene Insolvenzelle in den Pflegebetrieben in Nordrhein-Westfalen. Wir haben die Situation, dass sich leider zu wenig Menschen für eine Pflegefachkraftausbildung interessieren. Im Jahr 2022 haben sich zu wenig Menschen für diesen Beruf entschieden.

Zudem haben wir die Situation, dass Pflegeschulen just in der Zeit zumachen, in der wir eigentlich sehr viel mehr Pflegekräfte brauchen, und dass Tagespflegen schließen – obwohl wir gerade die im Moment und in den nächsten Jahrzehnten ganz besonders brauchen werden, weil sie für pflegende Angehörige besonders wichtig sind.

Die Pflegeschulen in Nordrhein-Westfalen schließen aus verschiedenen Gründen. Aber einer der Gründe dafür ist eben auch, dass sie zu wenig Investitionskosten vom Land erhalten. Das darf gerade in dieser Situation nicht sein. Deswegen werden wir beantragen, auch da noch einmal etwas draufzusetzen. Pflegeschulen sollen vom Land Nordrhein-Westfalen gut ausgestattet werden!

(Beifall von der SPD)

Unten im Foyer steht auch heute wieder die Aidshilfe – so, wie sie hier Jahr für Jahr steht, um mit uns ins Gespräch zu kommen. Ich empfehle Ihnen allen, auch heute einmal mit der Aidshilfe ins Gespräch zu kommen, weil die Landesregierung ursprünglich vorgeschlagen hatte, den Ansatz, in dem auch die Aidshilfe auftaucht, um 500.000 Euro zu kürzen.

Möglicherweise machen Sie das jedes Jahr, um den Grünen einen Verhandlungserfolg während der Haushaltsplanberatungen intern zu bieten. Jedenfalls kommen Sie jetzt wieder mit Ihrem Hü- und Hott-Spiel an und stocken den Ansatz wieder auf. Ich kann Ihnen sagen: Es reicht an der Stelle leider immer noch nicht. Ich empfehle Ihnen dringend, mit der Aidshilfe zu sprechen, was es bedeutet, wenn immer mehr Menschen als potentielle Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner kommen und die Aidshilfe eigentlich mehr und nicht weniger gebraucht wird.

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Herr Kollege, Ihre Redezeit.

Thorsten Klute (SPD): Herzlichen Dank für den Hinweis. – Ihnen herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Herzlichen Dank, Herr Kollege Klute. – Für die CDU-Fraktion spricht jetzt der Abgeordnete Schmitz.

Marco Schmitz (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollege Klute, ich habe überlegt, ob ich bei Ihrer Rede vielleicht einfach draußen bleibe. Ich hätte trotzdem gewusst, was Sie gesagt hätten.

(Beifall von der CDU)

Das ist in den letzten Veranstaltungen relativ ähnlich gewesen.

(Thorsten Klute [SPD]: Weil ich für Kontinuität stehe!)

– Ja, es ist wirklich eine Kontinuität, aber es ist auch eine Kontinuität im Vorhersagen von Falschaussagen.

(Thorsten Klute [SPD]: Oh!)

Das ist das Problem dabei. Denn Sie stellen es jedes Mal so dar und versuchen regelmäßig, diese Landesregierung an den Pranger zu stellen, sie würde nicht genug für die Krankenhäuser tun.

Ich habe das noch einmal ausgerechnet. Aktuell zahlen wir pro Jahr 765 Millionen Euro an Investitionskosten grundsätzlich.

(Thorsten Klute [SPD]: 1,8 Milliarden Euro sind gefordert!)

Dazu kommen die 2,5 Milliarden Euro, die wir auch in den kommenden Jahren für die Krankenhausplanung einstellen. Wenn man einmal umrechnet, was wir seit 2017 finanziert haben, dann waren das in Summe 5,2 Milliarden Euro, die wir den Kranken-

häusern an Investitionskosten zur Verfügung gestellt haben. Das sind 2 Milliarden Euro mehr, als es die Regierung davor getan hat. Da sollten Sie sich vielleicht einmal an die Nase packen.

(Zuruf von der CDU: Ah! – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Wir kümmern uns um die Krankenhäuser in unserem Land, und wir wollen alle – das eint uns definitiv –, dass wir die beste Versorgung für die Menschen im urbanen und ländlichen Raum haben. Dafür müssen wir Geld zur Verfügung stellen und das werden wir. Wir machen es aber mit Augenmaß und gucken: Wo müssen wir das Geld einsetzen, damit wir gewährleisten können, dass diese medizinische Gesundheit auch ermöglicht wird?

Aber – das hat die Beratungen und die gesamte Krankenhausplanung im letzten Jahr geprägt – wenn man sich anschaut, wie das Zusammenspiel zwischen Bund und Land war, kann man nur sagen: Das war ein Trauerspiel. Wir haben hier in Nordrhein-Westfalen nämlich schon relativ früh mit der Planung angefangen und auch alle beteiligten Akteure einbezogen, nämlich auf der einen Seite die Krankenhausesellschaften, auf der anderen Seite die Krankenkassen. Aber auch die Pflege und die betroffenen Berufsgruppen waren dabei.

Ich erinnere mich noch an diese wirklich erstaunliche – das kann man gar nicht anders nennen – Pressekonferenz von Bundesminister Lauterbach hier in Düsseldorf, bei der er der Meinung war, man müsste alles, was mit den Ländern vereinbart war, wieder zurückdrehen. Wenn ich mir dieses Trauerspiel anschau, das wir in diesem Jahr hatten, dann bin ich nur froh, dass wir einen Minister wie Karl-Josef Laumann haben, der bei solchen Sachen standhaft bleibt und das durchgekämpft hat, und dass klar ist: Die Länder müssen bei der Krankenhausplanung die Hoheit haben. Da lassen wir uns vom Bund auch nicht reinreden.

(Beifall von der CDU)

Aktuell sind die Investitionskosten bei den Krankenhäusern auch nicht das Problem. Es gibt durchaus noch Investitionszusagen aus der Zeit der Ministerin Steffens, die bis heute nicht abgerufen worden sind, weil es noch nicht zum Bau gekommen ist. Das Problem sind die Betriebskosten. Wir waren letzte Woche noch zusammen auf dem Katholischen Krankenhaustag in Essen. Da haben die Betreiber auch gesagt: Das Problem sind nicht die Investitionskosten, sondern die Betriebskosten, für die keine Mittel kommen. Daran knapsen die Krankenhäuser nämlich gerade.

(Zuruf von Susanne Schneider [FDP])

Keiner von uns möchte eine kalte Insolvenzwelle haben, die jetzt durch die Betriebskosten entsteht,

sondern wir wollen natürlich eine Planung, mit der wir am Ende alle leben können.

Ich möchte noch kurz auf die weiteren Bereiche eingehen. Sie haben es gerade auch schon genannt. Die Aidshilfe ist sicherlich kein Bereich, den wir innerhalb unserer Koalition zum Spielball machen. Sie hat eine ganz wichtige Aufgabe in diesem Land. Deswegen ist es uns Gesundheitspolitikern enorm wichtig, zu sagen: Ja, wir unterstützen das; wir geben diese 500.000 Euro, die eigentlich zu streichen geplant waren, wieder in das System und unterstützen damit die Aidshilfe, damit der Bereich der sexuell übertragbaren Krankheiten auch im nächsten Jahr behandelt und entsprechend auch beraten werden kann. Wir merken nämlich, dass die Krankheiten zurückkommen. Sexuell übertragbare Krankheiten sind eine Daueraufgabe. Deswegen war es für uns auch eine wichtige und notwendige Angelegenheit. Ich habe auch vorhin mit den Kolleginnen und Kollegen von der Aidshilfe darüber gesprochen, dass wir dieses Geld weiterhin zur Verfügung stellen.

(Beifall von der CDU)

Eines haben Sie nicht angesprochen: Wir müssen Gesundheit grundsätzlich neu denken. Dafür haben wir in unserem Koalitionsvertrag den Bereich der Gesundheitsregionen aufgenommen und werden für diese im nächsten Jahr weitere 1,5 Millionen Euro zur Verfügung stellen, weil man auch überlegen muss: Wie können wir Gesundheit zukünftig vernünftig in den Regionen planen? Das wird sicherlich noch eine spannende Aufgabe. Das mit dem Geld kann nur ein Modellprojekt sein. Aber es ist eine grundsätzliche Finanzierung. Damit erproben wir das und schauen: Wie kann Gesundheit zukünftig in unserem Land gedacht werden? Wie können wir die Versorgung sichern?

Ich bedanke mich, dass Sie mir zugehört haben, und freue mich auf die weiteren Beratungen.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Vielen Dank, Herr Kollege Schmitz. – Für die FDP-Fraktion spricht jetzt die Abgeordnete Schneider.

Susanne Schneider (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich teile die Kritik des Kollegen Klute an der Krankenhauspolitik dieser Landesregierung vollumfänglich.

(Beifall von Lena Teschlade [SPD])

Die Landesregierung streicht erst 150 Millionen Euro aus dem Haushalt 2024, hat dabei anscheinend vergessen, die Verpflichtungsermächtigung für 2025 entsprechend zu erhöhen, und muss dies jetzt nachträglich korrigieren. Das zeigt doch nur die fehlende

Ernsthaftigkeit dieser schwarz-grünen Landesregierung gegenüber unseren Krankenhäusern.

(Beifall von der FDP – Zuruf von Marco Schmitz [CDU] – Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Was war das?)

Ich möchte Ihnen jetzt noch ein paar Punkte vorstellen, für die wir Mittel beantragt haben, die Sie leider aus verschiedenen Gründen nicht haben wollen. Das mit der Aidshilfe hat wie jedes Jahr kurz vor knapp noch funktioniert. Was leider gar nicht funktioniert, sind die Mittel für die Menschen, die drogenabhängig sind. Gemessen am Bevölkerungsanteil liegt die Zahl der Drogentoten in Nordrhein-Westfalen inzwischen fast um das Doppelte über dem bundesweiten Niveau. Angesichts des drastischen und im Vergleich der Bundesländer deutlich überproportionalen Anstiegs der Zahl der Drogentoten muss hinterfragt werden, wie wirksam die aktuelle Drogenpolitik dieses Landes ist.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Derzeit treten auch neue Problemlagen auf. So hat während der Pandemie der Crackkonsum deutlich zugenommen. Aus den Niederlanden kommt jetzt der Trend, dass Jugendliche Lachgas als neue Partydroge entdecken. Diesen Herausforderungen müssen wir uns dringend stellen.

(Beifall von der FDP und Thorsten Klute [SPD])

Die Träger müssen zudem Tarifierhöhungen und Inflation stemmen. Dazu kommt noch, dass Schwarz-Grün den Gesamtansatz im Bereich „Suchthilfe“ um 1,5 Millionen Euro abgesenkt hat. Das ist ja wohl die völlig falsche Richtung. Die Suchthilfe braucht vielmehr zusätzliche Mittel. Wir machen uns für neue Präventionsangebote stark. Die Finanzierung von Überlebenshilfen sowie von Krankenwohnungen für Suchtkranke muss ebenfalls dringend ausgebaut werden.

Aus unserer Sicht ist auch der flächendeckende Ausbau der Kinderschutzambulanzen notwendig. Sie sind ein wichtiger Bestandteil der Versorgung von Kindern, die Opfer von Vernachlässigung, Misshandlung oder Missbrauch geworden sind. Sie leisten Hilfe durch kindgerechte Diagnostik von Verdachtsfällen oder im Rahmen der Krisenintervention. Allerdings wird die Arbeit der Kinderschutzambulanzen bisher nur teilweise refinanziert. Auch bei den Standorten gibt es noch Lücken. Unser Ziel muss es sein, dass in jedem Kreis beziehungsweise in jeder kreisfreien Stadt ein direkter und ortsnaher Zugang zu einer Kinderschutzambulanz möglich ist. Wir hatten dafür eine Aufstockung der Förderung um 500.000 Euro vorgesehen, die aber von Ihnen nicht genehmigt wurde.

Leider hat dieser Schwerpunkt in den Haushaltsberatungen ebenso wenig eine Mehrheit bekommen wie die Aufstockung des Ansatzes für die Diabetesprävention an Schulen um 100.000 Euro. Die bisher erzielten Erfolge bei der Inklusion von Kindern und Jugendlichen mit Diabetes im Schulalltag müssen gesichert werden. Dazu sind die Schulungsangebote für das Personal von Schulen und Kitas weiter auszubauen und die Begleitung bei Ausflügen und Klassenfahrten weiterhin zu fördern. Auch dazu konnten sich die Regierungsfractionen nicht durchringen. Wir reden hier lediglich von 100.000 Euro, damit dieses Personal, das aktuell einen grandiosen Job für unsere Kinder und in den Schulen macht, vernünftig weiterarbeiten kann.

(Zuruf von Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales)

Das alles soll umstrukturiert werden. Wir sind komplett dagegen; das wollen wir nicht.

Auch die Digitalisierung der medizinischen Versorgung in Nordrhein-Westfalen wird längst nicht so vorangetrieben, wie es eigentlich notwendig wäre. Gerade im Hinblick auf den Einsatz von Künstlicher Intelligenz im Gesundheitswesen sind zusätzliche Initiativen und Projekte nötig, um eine schnelle Umsetzung zu fördern. Die vorgesehene Kürzung der Haushaltsmittel für diese Zielgruppe ist daher extrem kontraproduktiv.

Für manche Sachen hingegen ist immer Geld vorhanden. So bekommt das Lieblingsprojekt der Grünen, nämlich das Modellvorhaben für Gesundheitsregionen und Gesundheitszentren, mal eben 2 Millionen Euro. Ob dieses Geld wirklich gut investiert ist, erscheint uns mehr als fragwürdig. Damit werden letztlich nur zusätzliche Strukturen neben der Regelversorgung geschaffen. Dafür werden dann Mittel für Angebote freier Träger zur Gesundheitsförderung wieder gekürzt.

Das ist wie bei den anderen genannten Punkten eine falsche Prioritätensetzung im Gesundheitshaushalt. Daher lehnen wir diesen ab. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Vielen Dank, Frau Kollegin Schneider. – Für die Grünenfraktion spricht jetzt die Abgeordnete Thoms.

Meral Thoms (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Unser Gesundheitssystem steht vor immensen Herausforderungen – darin sind wir uns alle einig. Im demografischen Wandel benötigen immer mehr ältere Menschen immer mehr medizinische Versorgung. Immer mehr Fachkräfte werden gebraucht, um diesen steigenden Bedarf zu decken.

Ja, wir haben knappe Kassen, die finanziellen Spielräume sind eng, aber es reicht nicht, immer nur mehr Geld zu fordern, denn auch die Köpfe fehlen. Wir brauchen kluge Lösungen, um unser Gesundheitssystem für morgen sattelfest zu machen.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Wir brauchen Stabilität und Planungssicherheit sowie gleichzeitig auch Innovation, Transformation und neue Strukturen. Genau daran orientiert sich unser Haushaltsentwurf.

Nehmen wir die Krankenhäuser: Im Bund schreiten die Planungen für eine Reform der Krankenhausfinanzierung voran. Wir brauchen aber auch Übergangslösungen. 10.000 Fachkräfte haben vor einigen Wochen hier vor dem Landtag demonstriert. Ihre Forderungen nach einer besseren Finanzierung der Betriebskosten sowie einer Übernahme von Preissteigerungen und Tarifsteigerungen gingen in Richtung Bundesgesundheitsminister Lauterbach.

Wir haben darauf reagiert und eine parlamentarische Initiative sowie eine Bundesratsinitiative ins Leben gerufen. Zwischen Bund und Ländern wird bei der Krankenhausreform derzeit um finale Lösungen gerungen. Diese finalen Lösungen müssen bald kommen, denn unser Zeitfenster für grundlegende Veränderungen darf nicht ungenutzt bleiben. Um den ökonomischen Druck von den Kliniken zu nehmen, brauchen wir die geplanten Vorhaltepauschalen. Unser System braucht dringend neue Strukturen. Ein Scheitern der Verhandlungen ist keine Option.

Auch hier im Land NRW stellen wir uns unserer Verantwortung für die Krankenhausplanung. Wir haben die fortschrittlichste Krankenhausplanung im Ländervergleich. Wir nehmen für die Krankenhausplanung in dieser Legislaturperiode zusätzlich 2,5 Milliarden Euro in die Hand. Wir investieren allein im kommenden Jahr die beeindruckende Summe von 1 Milliarde Euro für unsere Krankenhäuser,

(Thorsten Klute [SPD]: 1,8 Milliarden Euro werden gebraucht!)

darunter 150 Millionen Euro für die Umsetzung der Krankenhausplanung. Schon 2024, also im nächsten Jahr, können weitere Gelder von den Kliniken beantragt werden, damit – so ist es geplant – die Summe von 2,5 Milliarden Euro von den Krankenhäusern ausgeschöpft werden kann.

Wir wollen aber nicht nur in die Versorgung investieren, wir wollen sie auch klimaresilient gestalten, denn die gesundheitlichen Gefahren des Klimawandels sind schon heute drastisch, und sie werden sich noch weiter verschärfen. Aktuelle Daten des Berichts „Lancet Countdown on health and climate change“ zeigen, dass die Zahl der Hitzetoten bei den über 65-Jährigen in den vergangenen zwei Jahrzehnten weltweit um 85 % gestiegen ist.

Morgen startet die Weltklimakonferenz in Dubai. Die bedrohlichen Auswirkungen des Klimawandels auf die Gesundheit werden auch dort eine zentrale Rolle spielen.

Unser Gesundheitssystem hier in NRW muss auf die Anforderungen extremer Hitze und weiterer gesundheitlicher Gefahren nicht nur vorbereitet werden, sondern auch selbst einen Beitrag zur Reduktion klimaschädlicher Gase leisten. Viele Kliniken haben sich schon auf den Weg gemacht, sind Vorreiter in NRW und auf dem Weg zum Green Hospital. Jetzt kommt auch endlich die lang ersehnte Finanzspritze der Landesregierung in Höhe von über 800 Millionen Euro, verteilt auf die kommenden Jahre.

Lassen Sie uns aber nicht nur über Krankenhäuser reden. Der Großteil der Gesundheitsversorgung findet im niedergelassenen Bereich statt. Die Potenziale von Ambulantisierung und sektorenübergreifender Versorgung sind noch lange nicht gehoben. Auch hier setzen wir neue Impulse, die wir mit Geld hinterlegen. 2 Millionen Euro stehen für Modellgesundheitsregionen sowie weitere 500.000 Euro für den Aufbau lokaler Präventionsnetzwerke zur Verfügung.

In diesen Gesundheitsregionen stehen Prävention und die Gesunderhaltung der Bevölkerung im Vordergrund. Es sollen neue, innovative Wege sowie neue Behandlungspfade für die Patientinnen und Patienten erprobt werden. Kernstück sind gemeinwohlorientierte Gesundheitszentren. Community Health Nurses werden dort eine zentrale Rolle spielen.

(Thorsten Klute [SPD]: Gemeindegewestern!
Muss Englisch sein?)

Sie sehen: Auch in Zeiten knapper Kassen stellen wir wichtige Weichen, um unser Gesundheitssystem zukunftsfest zu machen. Wir setzen klare Prioritäten für mehr Prävention und Gesundheitsförderung, die Sicherstellung einer wohnortnahen Versorgung und dafür,

(Zuruf von Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales)

unsere Krankenhäuser auch mit Blick auf den Klimawandel zukunftsfest aufzustellen.

Zum guten Schluss, um das noch zu sagen: Die wichtige Arbeit der Aidshilfe fördern wir im Vergleich zum Haushaltsentwurf ...

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Die Redezeit.

Meral Thoms (GRÜNE): ... durch unseren Änderungsantrag zusätzlich mit 500.000 Euro. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Vielen Dank, Frau Kollegin Thoms. – Für die AfD-Fraktion spricht jetzt der Abgeordnete Dr. Vincentz.

Dr. Martin Vincentz (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Das Gesundheitssystem in Deutschland, aber auch in Nordrhein-Westfalen, steht vor großen Herausforderungen. Nicht wenige witzeln dabei, dass die größte davon im Bundesministerium für Gesundheit sitzt.

Derer sind es dennoch viele, unter anderem eine Regionalisierung, vor der wir im Übrigen lange gewarnt und wozu wir auch lange schon skizziert haben, wie man Schritte einleiten könnte, um beispielsweise die Medikamentenproduktion wieder nach Europa, auch an den starken Chemie- und Pharmastandort Nordrhein-Westfalen, zu holen und hier für genau solche Zeiten vorzuplanen.

Jetzt stehen wir – am Freitag ist wieder der 1. Dezember, das heißt: Welt-Aids-Tag – vor der unseligen Situation, dass HIV-Präparate, sowohl PrEP als auch PEP, also Präexpositionsprophylaxe und Postexpositionsprophylaxe, in vielen Apotheken in Nordrhein-Westfalen knapp werden. Es gibt Lieferschwierigkeiten in Teilen Westeuropas in einer Zeit, in der wir in einem hochentwickelten Industrieland lange dachten, dass die Erkrankung, die aus einer HIV-Infektion resultiert, also Aids, eigentlich überkommen sei.

Waren wir schon fast so weit, darüber nachzudenken, ob die Aidshilfe vielleicht obsolet wird, weil wir keine Aidsfälle mehr hatten,

(Thorsten Klute [SPD]: Aha!)

stehen wir jetzt vor der Situation, dass man vielleicht keine Medikamente mehr bekommt für eine Erkrankung, die bei Einnahme dieser hochpotenten antiretroviralen Medikamente ihren Schrecken eigentlich längst verloren hatte. So sind Menschen unter Behandlung kaum noch ansteckend. Dementsprechend ist es ein absoluter Rückschritt, der hier sehenden Auges in Kauf genommen wird.

Die Inflation – das ist gerade schon angesprochen worden –, also die Situation, die im Prinzip durch europäische Politik, durch die Politik Ihrer Parteien mitverursacht wurde, stellt die Krankenhäuser, das Gesundheitssystem vor massive Herausforderungen. Wir haben in den vergangenen Jahren im Prinzip ein wildes Sterben von Krankenhäusern gesehen. Es ist ein relativ desolater Markt, und viele Krankenhäuser schreiben rote Zahlen, stehen mit dem Rücken zur Wand. Daher ist die Krankenhausplanung per se zu begrüßen. Es ist gut, das in geregelte Bahnen zu bringen und zu sagen, dass man die Gesundheitsversorgung von oben aus anders regulieren, anders planen muss als anhand der reinen Bettenzahlen.

Allerdings gibt es den Plan, wohl des grünen Koalitionspartners, insgesamt ein Drittel aller Ausgaben, die man dafür tätigen möchte, in den Klimaschutz zu stecken. Die Gelder kommen dann eben nicht bei den Patienten an und dienen nicht dazu, Menschen zu versorgen, sondern sind dafür da, schöne Fenster zu bekommen, die ein bisschen besser gedämmt sind. Das ist ein Defizit, das am Ende nicht auszugleichen sein wird. Die Gelder, die anfangs in ihrer Proportion vielleicht ausgereicht hätten, um dieses Mammutprojekt zu stemmen, sind jetzt vollkommen unzureichend.

Deshalb machen wir in diesem Jahr ein Angebot – zu 100 % gedeckt durch Streichungen in anderen Bereichen – in Höhe von 100 Millionen Euro. Diese zusätzliche Investition soll insbesondere in Kinderkliniken, Kinder- und Jugendpsychiatrien und Geburtsstationen gehen, also genau in die Bereiche des Gesundheitssystems, die in den vergangenen Jahren durch fehlende Vorhaltekosten so geschlaucht waren. Viele von ihnen haben geschlossen, sodass die grundlegendsten Versorgung für die Bevölkerung in vielen Gegenden, insbesondere den ländlichen, bedroht sind. Wenn man ein Kind bekommt, wenn das eigene Kind krank ist, will man ein Krankenhaus, das nicht eine Stunde entfernt liegt, sondern nah und erreichbar ist. Das würden Sie mit uns, mit der AfD, bekommen.

Ein weiterer wesentlicher Punkt: Wir haben an anderer Stelle über die drohende Legalisierung von Cannabis und des Kiffens gesprochen. Der Deal, der immer diskutiert wurde, war eigentlich, dass man es einerseits für Erwachsene legalisiert, dass man den Gebrauch für Erwachsene gangbar macht und andererseits die Suchthilfen stärkt. Mit Ihnen aber sieht man, was sich in der Praxis tatsächlich niederschlägt: Man legalisiert das Kiffen und streicht die Suchthilfen zusammen, wo es nur geht. Das ist nicht der Deal, denn das führt dazu, was wir schon jetzt auf den Straßen sehen: sehr viele und sehr schwere Suchterkrankungen, auch und gerade hier in Nordrhein-Westfalen.

Ein letzter Punkt: Herr Minister Laumann, Sie haben vorhin davon gesprochen, dass unter Ihnen sehr viele Arbeitsplätze geschaffen wurden und ein Großteil davon durch ausländische Arbeitskräfte besetzt wurde. Das ist richtig, und das ist gut so. Wir waren in der Vergangenheit immer bei Ihnen, wenn Sie zum Beispiel für viele Krankenschwestern aus dem Ausland geworben haben. Das ist ein wichtiger Schritt, weil es einen riesigen Mangel gibt, der mit einheimischen Menschen schlichtweg nicht mehr auszugleichen ist. Der Plan war, die Spirale des Niedergangs auf vielen Stationen zu durchbrechen. Man findet dort keine neuen Kräfte mehr, weil es schon jetzt zu wenige sind und die Arbeitsbedingungen vor Ort deswegen sehr schlecht sind.

Die Frage ist aber, zu welchem Preis das Problem mit der aktuellen Migrationspolitik gelöst wird. Auf der einen Seite holen Sie wahllos Menschen zu uns und suchen sich dann einige wenige aus, die unter Umständen dafür geeignet wären, hier Arbeitsplätze zu besetzen. Auf der anderen Seite – die Zahlen habe ich Ihnen genannt – sind mittlerweile zwei Drittel der Bezieher von Bürgergeld in Nordrhein-Westfalen Menschen mit Migrationshintergrund.

Das ist derart willkürlich, das ist derart ohne Plan für den Arbeitsmarkt, für den produktiven Teil, dass wir viel Geld in die Hand nehmen, aber wenig dabei herauskommt. Das kann in den nächsten Jahren nicht gelingen.

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Die Redezeit.

Dr. Martin Vincentz (AfD): Und das wird am Ende dazu führen – ich komme damit zum Schluss –, dass immer weniger Geld für solche soziale Anliegen, für das Krankenhaussystem zur Verfügung steht. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Dr. Vincentz. – Für die Landesregierung spricht jetzt Minister Laumann.

Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Bereich „Gesundheit und Pflege“ wird im Jahr 2024 natürlich ganz klar die Krankenhausplanung in Nordrhein-Westfalen im Mittelpunkt stehen.

Wir haben dabei klare Ziele: Wir wollen die Qualität unserer medizinischen Versorgung für die Patientinnen und Patienten verbessern. Wir wollen, dass unsere Krankenhäuser stabiler werden, dass sie sich nicht so viel Konkurrenz um Personal und Ressourcen machen. Vor allen Dingen wollen wir aber dauerhaft und langfristig erreichbare Krankenhäuser für die Bevölkerung in ganz Nordrhein-Westfalen haben, die eine wirtschaftliche Grundlage haben, mit der sie vernünftig über die Runden kommen.

Wir werden dieses Ziel in 2024 erreichen. Ich sage hier ganz klar: Das MAGS will Ende 2024 mit der Krankenhausplanung durch sein. Wir werden in diesen Krankenhäusern dann auch Strukturveränderungen über die Investitionsmittel von rund 2,5 Milliarden Euro hinaus unterstützen können. Ich gebe zu: Das ist für ein solch ehrgeiziges Projekt Geld, aber nicht zu viel Geld.

(Zuruf von Thorsten Klute [SPD])

Man muss sich genau überlegen, an welcher Stelle man in die Förderung geht.

Ich will einen weiteren Punkt nennen, der für uns natürlich eine wichtige Aufgabe ist: Wir sind das Ministerium, das für die Forensik zuständig ist. Wir haben da mittlerweile rund 3.600 Patientinnen und Patienten, und wir haben in vielen Kliniken eine Überbelegung. Sie alle wissen, wie schwer es ist, Standorte für die Forensik in Nordrhein-Westfalen durchzusetzen. An jedem Standort schlägt man sich jahrelang mit Klagen unterschiedlicher Ebenen herum. Es gibt eine Ausnahme – das ist meine Heimatgemeinde –, aber überall sonst ist das so.

Wir haben erhebliche Mittel eingestellt, damit wir bauen können und einen besseren Abfluss aus der Forensik hinbekommen. Wir brauchen da auch so ein Zwischending. Da sind wir im Gespräch mit den Landschaftsverbänden. Es gibt Menschen, die sich aus der Forensik nicht wieder so einfach in die Gesellschaft integrieren können. Hier brauchen wir auch Einrichtungen der Eingliederungshilfe, um einen größeren Abfluss aus der Forensik hinzukriegen. Nur mit einer Erhöhung der Patientenzahlen ist das nicht zu machen.

Wir gehen weiter voran bei der Modernisierung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes. Sie wissen, dass wir ein Landesamt für Gesundheit in der Weiterentwicklung des LZG schaffen werden – auch das ist eine Konsequenz aus der Pandemie –; ein modernes Landesgesundheitsamt, welches gemeinsam mit den kommunalen Gesundheitsämtern für eine gute Struktur in den Regionen sorgt.

Wir wollen wieder neue Akzente in Nordrhein-Westfalen ausprobieren. Deswegen wird es Modellregionen für Gesundheitszentren geben. Es gehört zur Landespolitik dazu, dass man auch mal Neues ausprobiert, um die Versorgungsstrukturen und die Ideen für Versorgungsstrukturen weiter nach vorne zu bringen.

In der Pflegepolitik ist völlig klar, dass der absolute Schwerpunkt auf der Personalsicherung liegen muss. Ich finde, es ist eine tolle Sache, dass sich in Nordrhein-Westfalen jedes Jahr zwischen 15.000 und 17.000 junge Menschen für eine Pflegeausbildung entscheiden. Das sind ungefähr 10 % der Menschen, die in Nordrhein-Westfalen eine Schule verlassen.

(Thorsten Klute [SPD]: Es werden weniger!)

– Ja, es waren auch schon mal noch weniger. Es waren auch schon mal 2.000 mehr. Ich will nur sagen: Wenn Sie 10 % eines Jahrgangs für die Pflegeausbildung gewinnen, dann ist das eine Riesenleistung.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Ich bin den jungen Menschen sehr dankbar, dass sie sich diesen Beruf für sich vorstellen können. Ich bin sehr dankbar dafür.

Ich sage auf der anderen Seite: Wir haben leider nur knapp 30.000 Ausbildungsverträge bei allen Handwerksunternehmen, also bei Schreibern, Maurern, Klempnern, Heizungsmonteuren. Wir haben alleine 15.000, 16.000 in der Pflege. Das macht deutlich, wie stark die Pflege vertreten ist und dass die Pflege mittlerweile eine attraktive Sache ist. Deswegen stellen wir das Geld für die Pflegeausbildung, das das Land Nordrhein-Westfalen im Rahmen des Pflegefonds aufbringen muss, gerne zur Verfügung.

Wir wollen weitermachen bei der Pflegeassistenzausbildung. Wir müssen auch weitermachen und solide absichern, damit in allen Gesundheitsberufen nicht akademischer Art in Nordrhein-Westfalen stabil gilt: Es gibt in Nordrhein-Westfalen auch in Zukunft kein Schulgeld.

(Beifall von der CDU)

Natürlich gehört auch die Inklusionspolitik dazu. Im nächsten Jahr werden wir eine große Kampagne zusammen mit der Wirtschaft machen, um mehr behinderte Menschen in den Arbeitsmarkt zu bekommen. Dass da die Arbeitslosigkeit doppelt so hoch ist wie bei anderen, ist eine Schande. Deswegen muss dieses Thema mit aller Energie angegangen werden. – Danke schön für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Vielen Dank, Herr Minister. Diesmal haben Sie es zwei Sekunden länger geschafft und 33 Sekunden überzogen.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Aber auch hier gilt der Hinweis mindestens an zwei Fraktionen – der eine hat es schon erkannt –: Das gleicht sich wieder aus. Ich sehe auch keine weiteren Wortmeldungen. Somit sind wir am Ende der Aussprache zu Teil b) Gesundheit.

Wir kommen zu den Abstimmungen betreffend den Einzelplan 11 – Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 18/6811, den Einzelplan 11 unverändert anzunehmen. Darüber würden wir abstimmen lassen, wenn es nicht diverse Änderungsanträge gäbe, über die wir natürlich als Erstes abstimmen.

Wir stimmen ab über den Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 18/6961. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Das sind die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, FDP und AfD. Wer stimmt dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist der **Änderungsantrag Drucksache 18/6961 angenommen**.

Wir stimmen weiterhin ab über den Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 18/6962. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Das sind die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP und AfD. Wer stimmt dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – Das ist die Fraktion der SPD. Damit ist der **Änderungsantrag Drucksache 18/6962** mit dem von mir festgestellten Abstimmungsergebnis so **angenommen**.

Wir stimmen weiterhin ab über den Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 18/6963. Wer stimmt diesem zu? – Das sind die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – Das ist die Fraktion der AfD. Somit ist auch dieser **Antrag Drucksache 18/6963** mit dem von mir festgestellten Abstimmungsergebnis **angenommen**.

Wir stimmen weiterhin ab über den Änderungsantrag der FDP-Fraktion Drucksache 18/7084. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Das sind die Fraktionen von SPD, FDP und AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und CDU. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist der **Änderungsantrag Drucksache 18/7084 abgelehnt**.

Wir stimmen weiterhin ab über den Änderungsantrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/7085. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Das sind die Fraktionen von FDP und AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und CDU. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist auch der **Änderungsantrag Drucksache 18/7085 abgelehnt**.

Wir stimmen weiterhin über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion Drucksache 18/7122 ab. Wer stimmt dafür? – Das ist die Fraktion der AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist auch dieser **Änderungsantrag Drucksache 18/7122 abgelehnt**.

Wir kommen nunmehr zu der Abstimmung über den Einzelplan 11 in der soeben geänderten Fassung und nicht über die Beschlussempfehlung. Wer stimmt dem Einzelplan zu? – Das sind die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und CDU. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von SPD, FDP und AfD. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist der **Einzelplan 11 in der soeben geänderten Fassung in zweiter Lesung angenommen**.

Ich rufe auf:

**Einzelplan 07
Ministerium für Kinder, Jugend, Familie,
Gleichstellung, Flucht und Integration**